

# - Kommission für Rechtsfragen -

## Tätigkeitsbericht 2005

Die Kommission für Rechtsfragen des VDB setzte sich im Berichtsjahr 2004 aus den Kollegen/innen Claudia Holland (Leipzig), Karin Knaf (München), Andreas Knobelsdorf (Leipzig), Cornelia Hall (Tübingen) und Harald Müller (Heidelberg) zusammen. Dr. Müller verließ die Kommission mit Ende des Bibliothekartages Düsseldorf nach über zwanzigjähriger Zugehörigkeit. Die Kommission und der Vorstand des VDB danken Herrn Dr. Müller herzlich für die langjährige und fruchtbare Zusammenarbeit.

Die Kommission traf sich im Berichtsraum einmal zu einer Sitzung anlässlich des Bibliothekartages in Düsseldorf. Dabei wurden die anstehenden Rechtsfragen beraten – soweit möglich – abschließende Stellungnahmen verabschiedet. Da mittlerweile der überwiegende Teil Anfragen telefonisch oder per E-Mail erledigt werden kann und auch so der Kontakt unter den Kommissionsmitgliedern gut funktioniert, konnte auf ein weiteres Treffen verzichtet werden.

Auf dem Bibliothekartag in Düsseldorf gab es eine gut besuchte Veranstaltung der Kommission, die unter dem Titel „Aktuelle Fragen des Arbeits- und Dienstrechts“ zwei Themen, mit denen sich die Kommission in den letzten Jahren beschäftigt hatte, näher beleuchtete:

- zum einen die Anerkennung von Vorbeschäftigungszeiten im BAT und
- zum anderen die rechtlichen Rahmenbedingungen der Telearbeit.

Zum Thema Telearbeit hielt Frau Hall auch im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung des Regionalverbandes Südwest einen Vortrag.

Im vergangenen Jahr beriet die Kommission den Vorstand des VDB in erster Linie in satzungsrechtlichen Fragen. Die in diesem Bereich vorgetragenen Anfragen aus den Landesverbänden hat die Kommission zum Anlass genommen, ein Übersichtspapier zu den Landessatzungen zu erstellen, so dass diese in einem zweiten Schritt angeglichen werden können.

Ein weiteres Thema, das der Vorstand in Angriff nahm, war die Überarbeitung des VDB-Jahrbuches. Hier hatte sich die Rechtskommission mit der Frage zu beschäftigen, welche rechtlichen Konsequenzen eine Veränderung der Erscheinungsweise des Jahrbuchs der Deutschen Bibliotheken in elektronischer Form mit sich bringt. Dies betrifft vor allem den Datenschutz.

Wie bereits in den vorherigen Jahren waren Fälle aus dem Themenbereich „Voraussetzungen des Zugangs zum höheren Bibliotheksdienst“ zu bearbeiten. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines grundlegenden Umbruchs, da einige Bundesländer noch strikt an den herkömmlichen beamtenrechtlichen Regelungen festhalten, während andere bereits ihre Laufbahnverordnungen auch für andere Bewerber geöffnet haben. Auch erreichten die Kommission Anfragen zu den einzelnen Vorgängen bei der Vorbereitung der Verbeamtung (z. B. die amtsärztliche Untersuchung), die erfreulicherweise gelöst werden konnten.

Ein weiteres Dauerthema für die Kommission sind detaillierte Anfragen aus dem Bereich des Versorgungsrechts (Vorbeschäftigungszeiten, Pensionsdienstalter etc.) aber auch Fragen zu den einzelnen Pflichten, die sich aus dem Beamtenverhältnis ergeben.

Weitere Themenbereiche, die die Kommission beschäftigten, waren der neue TVöD und Fragen zum Arbeitslosengeld II (Stichwort: Ein-Euro-Jobs aus der Sicht des Arbeitgebers). Meist handelt es sich aber um Einzelprobleme, die telefonisch gelöst werden konnten.

Wie in früheren Jahren auch hielten die Mitglieder der Rechtskommission auch im Berichtsjahr engen Kontakt zu anderen bibliothekarischen Gremien und Einrichtungen, z.B. als Mitarbeiter in der Rechtskommission des DBV, der IFLA oder der EBLIDA sowie als Lehrbeauftragte an bibliothekarischen Ausbildungsstätten.

Claudia Holland